

Warum wagt es kaum einer ?

Der Kampf um das persönliche Geld ist hart, aber er lohnt sich!

Von Ulrich Lück

In einer Versammlung des Landesverbandes Thüringen habe ich kürzlich vor 35 Gästen meine beiden Fälle: Weiterbildung für EX-IN in Bremen und meinen Erfolg mit der Genehmigung des Persönlichen Budgets vorgetragen. Es herrschte danach ungläubige Stille. Niemand stellte eine Frage, niemand äußerte sich.

Am selben Tag rief ich eine gute Freundin an und berichtete ihr vom Persönlichen Budget. Sie bekommt eine ganz kleine Rente und 60 € Wohngeld. Sie putzt bei Freunden, um sich über Wasser zu halten. Sie sagte zu mir: »Ich will das Persönlich Budget nicht. Ich habe Angst davor, dass mir mein Wohngeld weggenommen wird. Wir lassen das, bitte bitte, sei mir nicht böse.«

Als einer der Multiplikatoren für das Persönliche Budget stelle ich fest, dass viele Betroffene große Angst vor einer Antragstellung und ihren unübersehbaren Auswirkungen haben. Dass es alles andere als einfach ist, seine Vorstellungen von passender Hilfe durchzusetzen, habe ich auch schon am eigenen Leibe erfahren:

|

Vor drei Jahren habe ich im Herbst das Persönliche Budget beantragt und habe es auch umgehend zugesprochen bekommen. Damals war das noch eine Kann-Bestimmung. Man hat es mir es aber wieder weggenommen, weil ich es nicht wie vorgesehen in Anspruch genommen habe. Ich sollte mit diesem Persönlichen Budget in einer Tagesstätte untergebracht werden, was ich nicht wollte.

Als ich wieder in einen psychotischen Zustand kam, wollte ich in die Familienpflege. Dort begleiteten mich 2 Personen Tag und Nacht. Diese Umgebung tat mir sehr gut, auch wenn ich meine gesamte Rente dafür opfern musste, weil ich dort Privatpatient war.

In einer Manie im September 2008 forderten mich drei Fachärzte auf, mich in stationäre Behandlung in der Psychiatrie zu begeben. Für mich kam das jedoch nicht mehr in Frage. Ich habe bisher 14 Aufenthalte in der Psychiatrie hinter mich gebracht. Diese Aufenthalte haben mich leider nicht gesund gemacht, im Gegenteil, meine Krankheit verschlimmerte sich.

Statt also in die Psychiatrie zu gehen, beantragte ich nochmals das Persönliche Budget trägerübergreifend über die Krankenkasse. Nun bestand ja seit dem 1.1.2008 ein klar definierter gesetzlicher Anspruch für die Betroffenen. Und ich wollte mir damit Bedingungen schaffen, wieder jenseits der Psychiatrie genesen zu können: in einem ruhig gelegenen kleinen Bungalow, mit einer täglich nach mir schauenden Krankenschwester, hin und wieder telefonischer Verbindung zu meinem Psychiater und Gesprächen nach Bedarf. Die Krankenkasse lehnte ab.

Das Sozialamt brachte mich dann dazu, den Antrag umzuformulieren und bearbeitete den Fall im Sachgebiet für Eingliederungshilfe. Der gesamte Vorgang bis zum Bescheid dauerte bis Ende Dezember 2008, was für mich in meiner Manie ein fürchterlicher Stress war. Man warf mir Machtbesessenheit vor, und ich schlug in einem unpassenden Moment mit der flachen Hand auf den Tisch.

Eine ganz große Hilfe war mir in dieser Zeit ein Sozialberater, Herr Ralf Bremauer aus Reutlingen, seines Zeichens Sozialwirtschaftlicher Berater. Wenn ich diesen Mann nicht gehabt hätte, hätte ich während des Verfahrens aufgegeben.

Weiterhin begleiteten mich die Koordinatorin für Psychiatrie und Suchthilfe als Bezugsperson im Rahmen des Hilfeplanes und der Leiter des Psychosozialen Zentrums, in dem ich auch heute noch auf Honorarbasis freier Mitarbeiter bin. Beratung holte ich mir außerdem bei der Aktion Psychisch Kranke und beim Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener.

Eine Psychologin aus dem katholischen Krankenhaus in Erfurt riet mir, mich in meinen privaten Garten zurückzuziehen, um der Reizüberflutung zu entgehen. Frau Neumann begleitete mich bei meinem Rückzug ständig mit persönlichen Gesprächen und gestattete mir für den Notfall auch die telefonische Kontaktaufnahme mit ihr. Das war mir eine außerordentliche Hilfe, und ich bin ihr dafür sehr sehr dankbar.

Genehmigt wurden mir schließlich 24,5 Stunden Hilfeleistung in der Woche. Sie bestehen aus:

- Hilfe bei schweren Arbeiten im Garten, wie Holzhacken
- Fahrdienst zum Arzt oder zur Familie
- Gespräche zur Reflektion der aktuellen Situation

Man genehmigte mir für ein Jahr den Betrag, der eine Tagestätte für psychisch Kranke kosten würde, das sind monatlich 1.200 €. Da ich eine gute Rente beziehe, bringe ich 100 € Eigenanteil auf. Als im Dezember der Bewilligungsbescheid kam, war nach zwei Tagen der psychische Druck weg. Die Manie klang allmählich ab, und es geht mir seitdem von Tag zu Tag besser. Das Geld wurde rückwirkend ab der Antragsstellung im September ausgezahlt.

Nun hatte ich Angst mit der Leistungsabrechnung, da ich ja jetzt Arbeitgeber bin und das Sozialamt Leistungsträger ist. Herr Bremauer unterstützte mich aber auch weiterhin, und wir führten ein Gespräch mit einem Abteilungsleiter in Erfurt. Dank des Einsatzes von Herrn Bremauer wurde die Abrechnung ganz einfach. Mir fiel ein ganz großer Stein vom Herzen.

Auf dem Formular, das Herr Bremauer entworfen hat, muss ich nur die Stunden und die Leistungen vermerken und am Ende der Gesamtpreis. Dass nur die Leistung mit den Stunden nachgewiesen werden und nicht mit dem Preis, ist gut so, denn ich bekam statt der beantragten 25 Euro pro Stunde nur eine Bewilligung, meine Helfer mit einem Stundenhonorar zwischen 5 € und 11 € zu bezahlen. Dieser Betrag ist nur bedingt ausreichend, da ich mit diesen geringen Stundensätzen keine Therapiegespräche, keine alternative Therapie und auch keine Physiotherapie bezahlen kann. Für mich ist dieses Geld jedoch sehr hilfreich, und ich splitte es nach Bedarf auf: Fachkräfte bekommen schon mal 30 Euro, die ich bei einfacheren Tätigkeiten wieder einspare. Leider haben andere hier mehr Schwierigkeiten.

Die Abrechnung, die der Betroffene als Arbeitgeber nach Erhalt des Bescheides vorzunehmen hat, wird in Deutschland von den Ämtern nämlich nicht einheitlich ausgeführt. Viele Budgetnehmer müssen für ihre Arbeitnehmer preislich hart kämpfen und sogar oft eine Gewerbe genehmigung vorlegen. Das Gesetz schreibt aber eindeutig vor: Die Leistungen sind entscheidend und nicht der Preis.

Ich bin mit 30 weiteren betroffenen Mitgliedern im Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener Multiplikator für das Persönliche Budget. Wir stellen in dieser Funktion fest, dass eine Assistenz bei der Antragstellung für einen psychisch Erkrankten unabdingbar wichtig ist, damit den Betroffenen die Angst vor dem Verfahren genommen werden kann.

Es muss aber auch ein einheitliches Verfahren bei der Assistenz und in der Abrechnung erfolgen. Und überhaupt muss das Ganze selbstverständlicher werden. Die Ämter sind zum Teil hilflos und kommen mit Fragen wie: „Was wollen Sie mit dem Persönlichen Budget erreichen? Warum brauchen Sie das Persönliche Budget?“

Wir brauchen einen einheitlichen Katalog über genehmigungsfähige Hilfeleistungen, damit die Betroffenen ihre Angst verlieren, indem sie die Hilfe ihrer Wahl ankreuzen können. Auch für die Behörden wäre ein solcher Leistungs-Katalog hilfreich.

Ich bin gern bereit, meine Erfahrungen den Lesern zur Verfügung zu stellen.

Ulrich Lück, Alfred-Delph-Ring 76, 99087 Erfurt. Rufen Sie mich an:

Telefon AB 0361/732447 und Handy 017664173278.

Ulrich Lück ist vielfach engagierter Ehrenamtler, u.a. in der Betroffenen-Selbsthilfe und im Umfeld der psychiatrischen Einrichtungen in Erfurt